

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Februar 2010

4,7 Milliarden für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unbezahlbar?

Die Tarifforderung von 5% für den öffentlichen Dienst kostet angeblich 4,7 Milliarden Euro. Die Arbeitgeber behaupten das sei nicht finanzierbar. Wir sagen, das ist locker finanzierbar. Hier einige Vorschläge:

1. Rücknahme von Steuersenkungen für Unternehmer

Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der schwarz-gelben Regierung ist vor allem ein Klientelbedienungs-gesetz für die Unternehmer und Reichen. Allein den Hoteliers werden durch die Senkung der Mehrwertsteuer eine Milliarde erlassen. Firmen können Verluste und Zinszahlungen steuermindernd geltend machen. Bei der Vererbung von Firmen muss noch weniger Erbschaftssteuer bezahlt werden. Die Unternehmer werden durch das neue Gesetz mit geschätzten 2,4 Milliarden im Jahr 2010 entlastet. Ab 2011 steigt diese Entlastung weiter an.

Würde die Körperschaftssteuer für Aktiengesellschaften auf das Niveau vom Jahr 2000 angehoben, würde dies nach Berechnungen von ver.di 18 Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen. (*ver.di-Publikation "Genug gespart!"*)

2. Reichensteuer auf das Vermögen des Geldadels

Laut Berechnungen der Allianz ging das Geldvermögen in Deutschland durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 110 Milliarden zurück. Es betrug Ende 2008 aber immer noch 4,49 Billionen. Davon besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel. Wenn mit einer Reichensteuer 1,7 Billionen von diesem reichsten Zehntel abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Zusätzlich würden 67 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Damit könnte man eine saftige Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ein öffentliches

Beschäftigungsprogramm, Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr und Umweltschutz finanzieren.

3. 10% Zinskürzung bei den Banken

Die Banken leihen dem Staat das Geld, mit dem er für deren Spekulationsverluste aufkommt. Eine 7%ige Kürzung der 67 Milliarden staatlichen Zinszahlungen würde ausreichen, um die von ver.di geforderte Forderung zu finanzieren.

4. Vermögenssteuer auf die Vermögen der 100 reichsten Deutschen

Das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen ist dem Manager-Magazin zufolge im Jahr 2009 um zwölf Prozent geschrumpft, betrug aber immer noch sage und schreibe 285,5 Milliarden Euro. Mit einer Steuer von nur 1,65 % auf dieses Vermögen könnte die Lohnerhöhung für die zwei Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen finanziert werden.

5. Vermögenssteuer auf alle Vermögen ab 500.000 Euro

Eine Vermögenssteuer von 1% ab einem Vermögen von 500.000 Euro würden 16 Milliarden Euro Staatseinnahmen bringen. (*ver.di-Publikation „Genug gespart“*)

6. Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf hohe Einkommen

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 % (ab 90.000 Euro Jahreseinkommen) würde 10 Milliarden mehr in die Staatskassen bringen. (*ver.di-Publikation „Genug gespart“*)

Nehmt Kontakt mit uns auf.

Lasst Euch in den Netzwerkverteiler aufnehmen.

Kommt zu unseren Treffen.



V.i.S.d.P.: Angelika Teweleit, Braunschweiger Str. 70, 12055 Berlin

www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de